

7582/J XXVII. GP

Eingelangt am 28.07.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen
an die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
betreffend Digitale Weiterbildung im Wiederaufbaufonds

Die Pandemie hat Österreichs Wirtschaftswachstum gebremst, Arbeitslosenzahlen erhöht und die **strukturellen Defizite unserer Arbeitsmarktpolitik** aufgezeigt. Einer der größten Problembereiche ist dabei die **Digitalisierung**, wie auch die OECD aufzeigt. Österreich ist langsamer als andere Länder bei der Digitalisierung, Internetoffensiven sind nötig und in Hinblick auf den Arbeitsmarkt muss die Bevölkerung in allen Altersschichten **einen besseren Umgang mit digitalen Technologien** lernen (1): *"Target government support at the low-skilled and elderly workers would help to address their relatively low participation in further education and training. Austria is adapting to the global digitalisation frontier at a slower pace than in comparable countries. Upskilling the population across all ages in digital technologies is needed".*

In den vergangenen Jahren hat sich aber gezeigt, dass die **Weiterbildungsoffensiven** in diesen Bereichen immer wieder an verschiedene Grenzen stoßen. So trägt die schon alleine die Kompetenzverteilung zwischen den Ministerien zu Mehrfachprogrammen bei **Digitalisierungsprogrammen in der Erwachsenenbildung** bei. Einige Programme wie die Digitalisierung der Lehre fallen direkt in die Zuständigkeit des Arbeitsministeriums und werden in Kooperation mit dem Digitalisierungsministerium umgesetzt (2), andere wie die Initiative Fit4Internet werden alleine vom Digitalisierungsministerium gesteuert und wieder andere Projekte wie die Zertifizierung digitaler Kompetenzen wurde vom AMS nach einer Machbarkeitsstudie nur angekündigt, dann aber doch nie umgesetzt (3).

Mangelnde Kooperation zwischen Ministerien

Im Laufe der Jahre haben diese unterschiedlichen Zuständigkeiten dazu geführt, dass manche der Programme die umgesetzt wurden, andere wurden eigenständig von einzelnen Ministerien umgesetzt oder unter Leitung des AMS in Weiterbildungskataloge aufgenommen.

Alleine der Kurskatalog der Weiterbildungen in der Kurzarbeit zeigt aber, das Kurse meist auf Einzelprogramme konzentriert sind und keine grundsätzliche Verbesserung der Digitalkompetenzen von Kursteilnehmern bedeuten (4). Gleichzeitig müssen Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme aber umfassend abgestimmt werden, damit die Ziele der OECD erreicht werden können. Dieser Abstimmungsbedarf ist auch nötig, weil 605 Millionen Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds für die Digitalisierung und Ökologisierung von Unternehmen verwendet werden sollen, 171 Millionen Euro

für die Digitalisierung an Schulen, 160 Millionen Euro für die Digitalisierung der Verwaltung und 277 Millionen Euro zur Qualifizierung von Arbeitnehmern (5). Alleine diese Bereiche überschneiden sich massiv - brauchen Digitalisierungsoffensiven auch zugehörige Ausbildungsoffensiven, damit die neuen Technologien von Arbeitnehmern genutzt werden können. Unabhängig davon, ob diese Arbeitnehmer im Bildungsbereich arbeiten, zum Verwaltungspersonal gehören oder in der Privatwirtschaft Weiterbildungskurse nutzen können. Zugleich stellen sich automatisch Fragen, ob dieser Abstimmungsbedarf tatsächlich erfüllt wird - immerhin hat die Regierung auch die Auflage der Einbindung von Sozialpartnern und Zivilgesellschaft nicht erfüllt, wie Protest bei der Präsentation der Pläne zeigte (6).

(1) <https://www.oecd.org/economy/growth/Austria-country-note-going-for-growth-2021.pdf>

(2) <https://www.wko.at/service/bildung-lehre/foerderungen-lehre.html>

(3) https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/1017399_Firmensuchen-Digitalkenntnisse.html

(4) https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_05341/index.shtml

(5) <https://www.derstandard.at/story/2000126320190/oesterreich-hat-fuer-eu-aufbau-plan-projekte-fuer-4-5-milliarden>

(6) <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2100340-Recovery-Fund-fuer-den-Wirtschaftsstandort.html>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Welche Abstimmungsprozesse gibt es zwischen den Ministerien, um eine strin-
gente Strategie zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen zu erarbeiten?
2. Welche Kriterien wurden bisher festgelegt, auf deren Basis Weiterbildungspro-
gramme zur Erfüllung dieser Ziele für eine öffentliche Förderung ausgewählt wer-
den?
 - a. Im Bereich der Lehrlingsausbildung?
 - b. Im Bereich der Erwachsenenbildung?
 - c. Im Bereich der Weiterbildung?
3. Welche Programme wurden bisher von Ihrem Ministerium ausgewählt, um diese
Aufgabe zu erfüllen?
 - a. Im Bereich der Lehrlingsausbildung?
 - b. Im Bereich der Erwachsenenbildung?
 - c. Im Bereich der Weiterbildung?
4. Zu welchen dieser Programme gab es im Vorhinein Absprachen mit dem
BMBWF?
5. Zu welchen dieser Programme gab es im Vorhinein Absprachen mit dem BMA?

6. Welche Kooperationen gibt es zwischen BMDW und BMBWF?
7. Welche Kooperationen gibt es zwischen BMDW und BMA?
8. Welche Möglichkeiten einer gegenseitigen Anrechnung gibt es bei diesen Programmen?
9. Gibt es aktuelle Pläne eine Zertifizierung analog zur Ankündigung aus dem Jahr 2019 umzusetzen?
10. Können Programme im Bereich der Lehrlingsausbildung/ Erwachsenenbildung und Weiterbildung auch für andere Bildungsprogramme oder im universitären Bereich angerechnet werden?